

**Von:** SPD-Fraktion Berlin <pressestelle@spd.parlament-berlin.de>  
**Gesendet:** Donnerstag, 21. November 2024 14:27  
**An:** Golm, Mirjam  
**Betreff:** PM | Betroffenenrat stärkt Gewaltschutz: Koalition bringt Initiativantrag ein!

Web-Ansicht | webview | Aperçu web | Vista Web | Visualizzazione web



Datum: 21.11.2024

Redaktion: Jérôme Lombard

Thema: Betroffenenrat stärkt Gewaltschutz: Koalition bringt Initiativantrag ein

---

## **Betroffenenrat stärkt Gewaltschutz: Koalition bringt Initiativantrag ein!**

*Gewalt gegen Frauen und Mädchen bleibt eine erschreckende Realität, die uns alle betrifft. Fast jeden Tag wird eine Frau in Deutschland ermordet. Alle drei Minuten erfährt eine Frau oder ein Mädchen häusliche Gewalt, und über 140 Sexualstraftaten werden täglich angezeigt. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit, mit der gehandelt werden muss.*

„Gewalt gegen Frauen ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck eines tief verankerten strukturellen Machtungleichgewichts zwischen den Geschlechtern“, erklärt **Mirjam Golm**, Sprecherin für Frauen und Gleichstellung der SPD-Fraktion Berlin. „Wir müssen den Betroffenen zuhören und ihre Perspektiven systematisch einbinden, um nachhaltige Lösungen zu schaffen.“

Die Berliner Koalitionsfraktionen haben bereits im August die Arbeit an einem dringlichen Initiativantrag aufgenommen, der heute ins Plenum eingebracht wird. Ziel des Antrags ist es, einen Betroffenenrat einzurichten, der die Expertise von Gewaltbetroffenen in die Weiterentwicklung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention einbringt.

„Betroffene sind keine passiven Opfer, sondern Expert\*innen in eigener Sache“, so Golm. „Ihre Perspektive ist essenziell, um Hilfesysteme zu verbessern, Prävention effektiver zu gestalten und Schutzangebote bedarfsgerecht auszurichten.“

Der Betroffenenrat wird nicht nur bestehende Maßnahmen bewerten, sondern aktiv an der Verbesserung und Umsetzung neuer Strukturen mitwirken. „Im Gegensatz zu den

Vorschlägen der Opposition, die einen rein kontrollierenden Beirat vorsehen, setzen wir auf echte Beteiligung mit Umsetzungskompetenz. Es geht uns nicht um Symbolik, sondern um konkrete Ergebnisse, die langfristig wirken“, betont Golm.

Der Antrag der Koalition hebt Berlin als Vorreiter im Gewaltschutz hervor. „Unser Ziel ist ein Hilfesystem, das nicht nur schützt, sondern auch Hoffnung gibt“, erklärt Golm abschließend.

Mit diesem Initiativantrag setzt Berlin ein klares Zeichen: Der Schutz von Gewaltbetroffenen hat oberste Priorität – ohne Wenn und Aber. Die SPD-Fraktion Berlin zeigt, dass sie Verantwortung übernimmt und sich entschieden an die Seite der Betroffenen stellt.

---

Kontakt:

Jérôme Lombard  
Pressesprecher  
0151 29506880

Pressestelle der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5 • 10117 Berlin  
Telefon: (030) 23 25 22 40 Fax: (030) 23 25 22 49  
Internet: [www.spdfraktion-berlin.de](http://www.spdfraktion-berlin.de) E-Mail: [pressestelle@spd.parlament-berlin.de](mailto:pressestelle@spd.parlament-berlin.de)

[Abmeldelink](#) | [unsubscribe](#) | [Lien de désinscription](#) | [Anular suscripción](#) | [Link di cancellazione](#)